

Der Bayernplan

Was die Wirtschaft in der neuen Legislaturperiode erwarten kann



HORST SEEHOFER

Starke Wirtschaft – starkes Bayern. Der Freistaat Bayern ist wie nie zuvor wirtschaftlich in Top-Form. Bayerische Unternehmen sind weltweit erfolgreich. Wir haben starke Marktführer, innovative Firmengründer, moderne Industrie- und Handwerksbetriebe: Hier wird Bayerns Wohlstand und Bayerns soziale Sicherheit jeden Tag aufs Neue erarbeitet.

Dass Bayern gestärkt aus der internationalen Finanzkrise gekommen ist, ist vor allem auch dem klugen Handeln der bayerischen Wirtschaft zu verdanken. Seit meinem Amtsantritt als Bayerischer Ministerpräsident vor fünf Jahren habe ich beinahe täglich gelernt, wie richtig der Satz ist: Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Ich bin ständig unterwegs in Bayern, treffe mich mit den Vorständen großer Konzerne genauso wie mit zahlreichen mittelständischen Unternehmern, Handwerkern und Freiberuflern. Dabei spüre ich die gewaltige Kraft und das Potential in unserem Land. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, ein po-

sitives Klima für Unternehmen zu schaffen, wo es sich lohnt, Leistung zu bringen und Verantwortung zu übernehmen. Wir in Bayern sehen den Unternehmer nicht als Feindbild, sondern als Vorbild. Eine Umfrage der vbw hat ergeben, dass 97 Prozent der hier ansässigen Unternehmen sich wieder für den Standort Bayern entscheiden würden. Eine schönere Bestätigung für unsere Wirtschaftspolitik kann es kaum geben.

Wir stehen zur Sozialen Marktwirtschaft und für eine Wertschöpfung, die aus der Wertschätzung gegenüber den Arbeitnehmern entspringt. Wir wollen eine menschliche Arbeitswelt, in der auch gilt: Wer Vollzeit beschäftigt ist, sollte auch ein angemessenes Auskommen haben. Lohndumping darf in Deutschland keinen Platz haben. Aber wir wollen nicht den Irrweg der linken Parteien gehen und als Politik per Gesetz einen einheitlichen Mindestlohn festlegen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen sich gemeinsam auf Mindestlöhne für ihre Branchen und Regionen verständigen. Das ist besser als ein gesetzlicher Mindestlohn, der alles über einen Kamm schert, Arbeitsplätze gefährdet und die bewährte Tarifautonomie beschädigt.

STARKE WIRTSCHAFT

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen: Boomedende Wirtschaft, geringste Arbeitslosigkeit – gerade auch bei der Jugend, und ein Allzeithoch bei der Zahl der Beschäftigten. Aber unser Blick muss nach vorne gehen: Wie können wir unsere starke Stellung auch in Zukunft festigen oder noch stärken? Deshalb haben wir der Wirtschaftspolitik in unserem „Bayernplan“ breiten Raum gegeben. Ich möchte nur stichpunktartig einige Bereiche nennen:

- Investitionen in Forschung und Entwicklung sollen künftig besonders steuerlich gefördert werden durch einen **High-Tech-Bonus**. Wir erleichtern und belohnen damit

Investitionen in die Zukunft und in sichere Arbeitsplätze.

- Wir wollen die **besten Köpfe der Welt nach Bayern holen**. Hoch- und Höchstqualifizierte sollen sich mit guten Gründen für Bayern entscheiden können.

- Wir werden eine **Bürokratie-Bremse** für Verwaltungsvorschriften aufbauen: Ein Paragraphenstopp in Bayern für fünf Jahre. Bayern geht auch hier voran.

- Die **Erbschaftsteuer** soll Ländersache werden. Wir wollen nach einer Regionalisierung die Erbschaftsteuer in Bayern entbürokratisieren und reduzieren. Damit stärken wir die Attraktivität des Standorts Bayern.

Ein zentraler Punkt ist mir in diesem Zusammenhang, dass wir dem bayerischen Mittelstand zusichern: Mit uns **keine Steuererhöhungen**. Der Staat hat derzeit die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten, damit muss er auch auskommen. SPD und Grüne dagegen planen massive Steuererhöhungen: Spitzensteuersatz und Mehrwertsteuer rauf, Ökosteuer und Grundsteuer erhöhen, Gewerbesteuer hinaufschrauben, Erbschaftsteuer verdoppeln, Vermögensabgabe einführen. Ich sage ganz klar: Diese Steuererhöhungsorgien von SPD und Grünen sind pures Gift für unsere Wirtschaft und organisierte Arbeitsplatzvernichtung.

BAYERN DIGITAL

Die Digitalisierung ist eines der Megathemen für die nächsten Jahre. Diese dritte industrielle Revolution kann dem Freistaat Bayern einen kräftigen Schub nach vorne geben. Wir wollen Bayern deshalb zu einer Leitregion des digitalen Aufbruchs machen. Das schafft wichtige Innovationen für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode mehr als eine Milliarde Euro in digitale Pilotprojekte investieren: digitale Schulen, digitale Gesundheitswirtschaft, digitale Fabriken oder digitale Verkehrsprojekte. >>2

1>>> Bis 2018 wollen wir Bayern flächen-deckend mit Hochgeschwindigkeitsinternet ausstatten. Wir sind schon jetzt das Land, das am meisten dafür tut. Und wir wollen beispielgebend beim E-Government sein. Wir wollen das digitale Handelsregister vollenden, das digitale Grundbuch schaffen und den elektronischen Rechtsverkehr in Zivilverfahren einrichten. Durch das Open Data Portal Bayern machen wir immer mehr Daten aus staatlichen Bereichen öffentlich.

SOLIDE FINANZEN

Wirtschaftliche Dynamik und finanzielle Stabilität gehören zusammen. Denn die finanziell Soliden sind die wirtschaftlich Starken. Deshalb halten wir an unserem Kurs der finanzpolitischen Stabilität fest: Ausgeglichener Haushalt und komplette Schuldentilgung bis zum Jahr 2030. Die Entschuldung Bayerns ist ein epochaler Schritt für die Generationengerechtigkeit: Wir dürfen den jungen Menschen keine Schuldenberge hinterlassen, sondern müssen ihnen Chancen eröffnen. Dazu benötigen sie auch beste Bildungsangebote: Der Freistaat Bayern leistet enorme Anstrengungen, um junge Menschen bestmöglich auf den Start ins Berufsleben vorzubereiten. Unser Bildungssystem ist deutschlandweit Vorbild, bei allen renommierten Bildungstests liegt Bayern auf dem Spitzenplatz. Bei uns ist die berufliche Bildung genau so viel

wert wie die akademische Bildung. Fast alle Länder in Europa klagen über die hohe Jugendarbeitslosigkeit, in Bayern haben wir sie schon fast vollständig besiegt. Und wir wollen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Zukunft ganz verschwindet. Deshalb geben wir in Zukunft eine Ausbildungsgarantie: Wir wollen, dass jeder Schulabgänger Zugang zu einer berufsqualifizierenden Ausbildung erhält. Kein Auszubildender soll ohne Abschluss bleiben.

MODERNE INFRASTRUKTUR

Damit unser Land im Konzert der wirtschaftlich Starken weiter ganz vorne mitspielen kann, brauchen wir eine moderne Infrastruktur. Denn Mobilität gehört zu einem so hoch entwickelten Land wie Bayern. Der Freistaat ist der Wirtschaftsstandort mit der besten Infrastruktur weltweit. Modern ausgebaute Verkehrswege sind ein wichtiger Standortvorteil. Deshalb wollen wir, dass der Bund seine Verkehrsinvestitionen dauerhaft aufstockt. Wir haben erreicht, dass im Bundesverkehrshaushalt 1,75 Milliarden Euro zusätzlich eingestellt wurden. Diese Zusatzinvestitionen wollen wir verstetigen. Aber das allein wird nicht reichen, um den immensen Investitionsbedarf in die Verkehrsinfrastruktur zu schultern. Deshalb setzen wir uns für eine Pkw-Maut für Reisende aus dem Ausland auf deutschen Autobahnen ein. Die Mittel aus der Pkw-Maut sollen in vollem

Umfang ausschließlich zweckgebunden für den Straßenbau verwendet werden.

MODERNE ENERGIE

Bayern steht vor einer weiteren großen Herausforderung: Das ist der Weg in ein neues Energiezeitalter. Wir sind führend beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Energiewende. Bei unserer Zielmarke, dass Bayern bis 2022 die Hälfte seines Stroms aus erneuerbaren Energien produziert, liegen wir voll im Zeitplan. Nach der Wahl wollen wir das Ausbautempo nochmal beschleunigen. Wir wollen die Energiewende von unten, im Einklang mit der Bevölkerung. Deshalb unterstützen wir kommunale und genossenschaftliche Initiativen zur Energieerzeugung. Das schafft Wertschöpfung vor Ort und Akzeptanz in der Bevölkerung.

Bayern ist ein Premium-Land. Wir haben alle zusammen viel erreicht: Finanzen, Wirtschaft, Bildung, Kultur – überall setzt Bayern die Maßstäbe. Jetzt geht es darum, den Erfolg der Gegenwart auch für die Zukunft zu sichern und auszubauen. Unser „Bayernplan“ ist dazu das Kursbuch zum Erfolg.



HORST SEEHOFER
Bayerischer Ministerpräsident
und CSU-Vorsitzender

Gute Gründe für die Mehrwertsteuerreduzierung

Positive Auswirkungen auf die Beherbergungsbranche

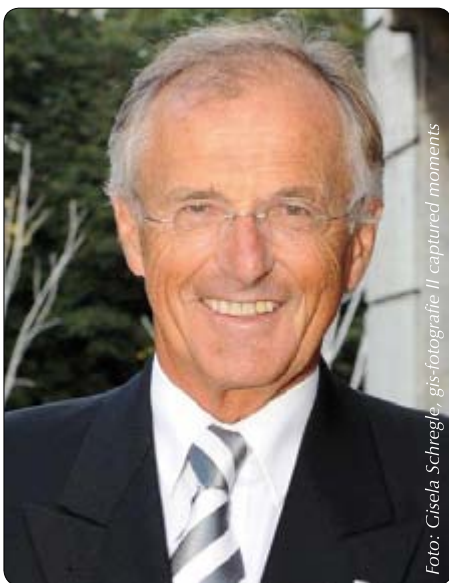


Foto: Gisela Schregle, gis-fotografie II captured moments

ROBERT SALZL

Mit der Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsleistun-

gen im Jahre 2010 wurde in Deutschland endlich Wettbewerbsgerechtigkeit innerhalb Europas hergestellt. Denn in 24 EU-Mitgliedsstaaten gilt – teils seit Jahrzehnten – ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie. Insbesondere für bayerische Betriebe war der Wettbewerbsvorteil aller Nachbarländer immer deutlich spürbar. Die Rechnung für unsere Gäste musste um den Differenzbetrag von bis zu 15 Prozent höher sein oder die Marge für den Hotelbetreiber war zu gering, um den notwendigen Qualitätsstandard halten oder mit den ausländischen Angeboten mithalten zu können. Es war sicher kein „Geschenk an die Hoteliers“, wie böse Stimmen immer behaupteten. Vielmehr war dies eine Maßnahme zugunsten der politisch gewollten Ankurbelung der Wirtschaft. Man hat dadurch auch die Bereitschaft zu Investitionen sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze und verstärkter Qualifikationsmaßnahmen auslösen wollen. Und genau dies ist geschehen.

Die Hoteliers haben Wort gehalten und nach der Steuersenkung gegenüber früheren Jahren massiv in Mitarbeiter und in ihre Betriebe investiert. Tausende neue Stellen wurden geschaffen. Es wurden hohe Summen in Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen investiert. Weitere sind in Vorbereitung. Davon profitieren auch das heimische Handwerk und der Handel spürbar. Die Attraktivität des Tourismusstandorts Deutschland und insbesondere Bayern hat deutlich zugenommen, was auch den positiven Beherbergungszahlen der letzten Jahre zu entnehmen ist. Auch in Umfragen bei in- und ausländischen Gästen ist der Sympathiewert erfreulich stark gestiegen. Nie war Deutschland als Urlaubsland so beliebt wie heute. Bayern sticht hier besonders hervor.

Dennoch wissen wir, dass noch viel geschehen muss, um weiterhin mit der internationalen Entwicklung Schritt zu halten und den sich immer wieder verändernden >>3

2>> Wünschen der Reisenden entgegen zu kommen. Ein wunderschönes Land und attraktive Städte zu haben, reicht nicht. Es wäre deshalb fatal, Forderungen aller Parteien – CSU und FDP ausgenommen – zu folgen und nach den Wahlen die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen sofort wieder zu erhöhen. Wie kurzfristig und desinteressiert an einer positiven Entwicklung der touristischen Wertschöpfung für unser Land müssen diese Leute sein. Die vermeintlichen Ausfälle bei den Steuereinnahmen werden durch die verschiedenen genannten Effekte längst überkompensiert, so wie es im Wachstumsanschub-Programm ja auch beabsichtigt war. Eine Rückkehr zu alten Zeiten der Wettbewerbsverzerrung in Europa wäre zerstörerisch. Viele Hoteliers stecken auch noch mitten in den Genehmigungsverfahren für ihre Bauvorhaben. Sie und ihre Handwerker brauchen Planungssicherheit und Vertrauensschutz. Darüber hinaus müssen die neu gewonnenen Arbeitsplätze erhalten bleiben bzw. möglichst noch vermehrt werden.

Unabhängig von dieser elementaren Entscheidung für die Übernachtungsbranche ist die allgemeine Diskussion um die zum Teil schwer nachvollziehbaren Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer-Regelung notwendig. Eine Überarbeitung ist angebracht. Dass sich die den Hotels nahestehenden Gaststätten ebenfalls dafür einsetzen, auch den in den allermeisten europäischen Staaten üblichen stark reduzierten Mehrwertsteuersatz zu bekommen, ist nachvollziehbar. Zumal das Durcheinander, wann derzeit der normale und wann der reduzierte Satz angewendet wird (Essen im Stehen oder Essen im Sitzen) irritierend ist und bereinigt werden muss. Natürlich auch auf den Wert, der den Touristen veranlasst zu sagen: „Ich mache Urlaub in Bayern. Dort sind nicht nur die Hotelangebote ihren Preis wert. Auch die Kosten in der Gastronomie stehen in einem vernünftigen Verhältnis zu Angebot und Leistung.“

Auf den zufriedenen Kunden kommt es an. Und diesem stehen im Tourismus so viele Angebote außerhalb Bayerns zur Verfügung, dass wir alles tun müssen, um in diesem internationalen Wettbewerb bestehen zu können und möglichst immer noch erfolgreicher zu werden. Zu viele Menschen hängen von dem Erfolg der Tourismuswirtschaft ab. Viele die dort unmittelbar arbeiten und fast nochmals so viele, die mit ihr zusammen arbeiten. Es gibt kaum eine Branche, die außen vor wäre. Das Thema geht uns alle an.

ROBERT SALZL
Vorsitzender Ausschuss für Tourismus

Editorial



Sehr geehrte,
liebe Mitglieder
des Wirtschafts-
beirats Bayern,

der Doppelwahl-
kampf 2013 ist
auf die Zielgera-
de eingebogen.
Am 15. Septem-

ber stimmen rd. 9,5 Mio Wahlberechtigte über die künftige Zusammensetzung des Bayerischen Landtags ab. Am Sonntag darauf folgen die Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag.

Von „Schicksalswahlen“ zu sprechen, wäre zu hochgegriffen. Es geht bei beiden Entscheidungen nicht auf „Leben und Tod“, um es salopp zu formulieren. Aber es ist entgegen verbreiteter Meinung keineswegs egal, wer aus den Urnengängen als Sieger hervorgeht und damit die politischen Geschicke Bayerns und Deutschlands in den nächsten fünf bzw. vier Jahren bestimmt. Wer sich mit den Wahlprogrammen der Parteien in den letzten Tagen und Wochen befasst hat, weiß, es stehen weitreichende Richtungsentscheidungen an. Davon sind gerade auch die Zukunftsperspektiven von Wirtschaft und Mittelstand massiv berührt.

In Bayern wird Politik seit 1957 (!) von CSU-geführten Allein- oder Koalitionsregierungen gestaltet. Dem Land ist das alles andere als schlecht bekommen. Im Gegenteil: Aus einer ökonomischen „Hinterbänkler-Position“ nach dem Krieg heraus gestartet befindet sich der Freistaat heute im nationalen und internationalen Vergleich in nahezu allen Bereichen in glänzender Verfassung. Dies trotz der diversen Umverteilungsmechanismen – von denen der Länderfinanzausgleich nur die Spitze des Eisbergs ist –, über die Jahr für Jahr hohe Milliardenbeträge aus dem Freistaat abfließen.

Warum vor dem Hintergrund dieser „goldgeränderten Bilanz“ experimentieren? Warum den Faden einer Politik der offensiven Zukunftssicherung abreißen lassen? Ich persönliche sehe nicht, was in einer Dreierkoalition von SPD, Grünen und Freien Wählern, die auf einem denkbar kleinen gemeinsamen Nenner aufbauen würde, besser werden sollte. Vieles würde mangels Einigung liegen bleiben. Nachlassende Zukunftsfähigkeit wäre vorgezeichnet.

Auch im Bund wird es nach der Wahl in unterschiedlicher Richtung weitergehen, je nachdem, ob die nächste Bundesregierung

von einer Bundeskanzlerin Merkel oder einem Bundeskanzler Steinbrück in welcher Konstellation auch immer geführt wird.

Dass die rot-grünen Steuerpläne, die trotz staatlicher Rekorderinnahmen Steuererhöhungen auf breiter Front vorsehen, Mittelstand und Mittelschicht, die den Karren in Deutschland ziehen, hart treffen würden, hat sich mittlerweile gottlob herumgesprochen. Das Unionsprogramm enthält zwar auch nicht den großen Wurf, aber doch zumindest einige Korrekturen, wie den Abbau der kalten Progression, die überfällig sind.

Mit Blick auf die europäische Staatsschuldenkrise stehen wir vor der Wahl, ob wir den gegenwärtigen Kurs „Hilfen nur gegen eine Politik des Sparens und Investierens in den Krisenländern“ mit unserer Stimme unterstützen oder einer stärkeren Vergemeinschaftung der Schulden tendenziell den Weg ebnen.

In der Energiepolitik muss sofort nach den Wahlen eine grundlegende Reform des EEG in Angriff genommen werden, die die Subventionslawine stoppt und den Ausbau der Erneuerbaren Energien besser mit der Bereitstellung der notwendigen konventionellen Grundlastkapazitäten, dem Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten verzahnt. Die Energiewende droht sonst zu scheitern. Vor allem bei den Grünen ist freilich wenig Bereitschaft erkennbar, die Förderung der regenerativen Energien auf eine für Wirtschaft und Verbraucher tragfähigere Basis zu stellen.

Die erfreulichen Beschäftigungserfolge in den letzten Jahren sind nicht zuletzt das Ergebnis der Agenda 2010. Der Schröder-Partei ist diese Vaterschaft mittlerweile unangenehm. Geht es nach ihr, wird der Arbeitsmarkt wieder stärker verriegelt. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro ist dafür ein besonders markantes Beispiel. Käme es zu einem Rückfall in eine restriktivere Arbeitsmarktregulierung müssten wir dies mit dem Verlust produktiver Arbeitsplätze und wieder steigender Sockelarbeitslosigkeit bezahlen.

Allein diese wenigen Anmerkungen zeigen: Wir sind gut beraten, von unserem Wahlrecht am 15. und 22. September aktiv Gebrauch zu machen. Man muss die Zukunft nehmen, wie sie kommt. Aber wir sollten durch unsere Stimmabgabe schon dazu beitragen, dass sie so kommt, wie wir sie gerne hätten.

Herzlichst Ihr **JÜRGEN HOFMANN**

Cybercrime und Reputationskrise

Warum der Mittelstand stärker betroffen ist als Konzerne



PHILIPP POLLEMS

Früher war alles einfacher: Eine Mauer um eine Fabrik gebaut, ein paar Wächter davor, und das Eigentum war gut geschützt. Das funktionierte, solange Angriffe auf Eigentum physisch vor Ort durchgeführt werden mussten und damit durch Mauern und Zugangskontrollen erschwert oder gar verhindert werden konnten. Und das funktionierte, solange das Eigentum nur physisch abtransportierbar war.

Heute haben sich die Anforderungen an die Sicherheit eines Unternehmens massiv verändert. Die Bedrohung ist nicht länger lokal, es geht nicht mehr nur um den Schutz von Wertgegenständen (und längst ist das Büroequipment eines Unternehmens nicht mehr sein wertvollstes Gut), sondern es geht um ein kombiniertes Sicherheitsmanagement, das sich den vielfältigen Anforderungen von heute stellt. Der Schutz vor dem Diebstahl geistigen Eigentums, Maßnahmen bei Ausfall kritischer Infrastrukturen (aufgenommen sind solche Szenarien in aktuellen Romanen wie beispielsweise „BlackOut, morgen ist es zu spät“, in denen die Auswirkungen auf Gesellschaft und Unternehmen bei langfristigem Stromausfall beschrieben sind), Abwehrmechanismen

von Cyberattacken auf die eigene IT und die Erarbeitung von Maßnahmenplänen zur Weiterführung der Geschäfte bei Umweltkatastrophen sollten Alltag heutiger Sicherheitsabteilungen sein. Konzerne haben sich längst dementsprechend aufgestellt.

Aber was macht der Mittelstand?

Manch einer geht noch arglos Risiken durch Unkenntnis ein. In der irrigen Annahme, dass sein Unternehmen unter dem Radar krimineller Akteure in ruhigem Gewässer segelt, wird kaum mehr als das unbedingt Notwendige an IT-Sicherheit vollzogen. Kaum einer stellt sich dabei in Anbetracht des aktuell durch die Presse gehenden NSA-Skandals die Frage, ob seine Forschungs- und Entwicklungsergebnisse, die ja auf seiner hausinternen IT gespeichert sind, sicher geschützt sind. Und noch viel seltener stellt man sich die Frage, was wohl andere Länder, die nicht unbedingt für die vehemente Verfechtung der Urheberrechte bekannt sind, in ihren staatlich geförderten IT-Schmieden so virtuell vor sich hin „forschen“. Groß ist dann das Erstaunen, wenn die eigene Produktentwicklung zu langsam erscheint und ein ähnlich geartetes Substitutionsgut aus einem fernen Land zum halben Preis etwas früher auf den Markt geworfen wird – ein Rückschluss auf Kriminalität wird dabei selten gezogen.

Wohin gehen mit einem Verdacht, wenn er sich aufdrängt?

Konzerne haben in der Regel zugewiesene Kontaktbeamte, haben beste Beziehungen zu Behörden und wissen genau, inwieweit sie auf Unterstützung und vor allem auf Verschwiegenheit zählen können, soweit es das Legalitätsprinzip eben zulässt. Der Mittelstand ist meist nicht so gut vernetzt und professionell aufgestellt. Zu seinem materiellen Schaden kann sich so auch noch ein veritabler Reputationsschaden gesellen, wenn sein Hilfesuch falsch lanciert ist und somit an die Öffentlichkeit gerät.

Vernetzung und Krisenkommunikation zählen deshalb ebenfalls zu den neuen Auf-

gaben, die von den Sicherheitsabteilungen wahrgenommen werden müssen.

Der Arbeitskreis Unternehmenssicherheit im Wirtschaftsbeirat hat sich dieser Thematik angenommen und eine Vortragsreihe mit kompetenten Referenten organisiert. Die Trilogie wird eröffnet von Dr. Rudolf Kreuzer. Er beschäftigt sich mit dem Thema der veränderten Risikolandschaft und fordert ein neues Sicherheitsbewusstsein angesichts der vielfältigen neuen Bedrohungsszenarien. Der zweite Vortrag, gehalten von Dr. Oliver Bär, geht auf die Initiativen der Bayerischen Staatsregierung als Antwort auf die zunehmenden Gefahren aus dem Cyberraum ein und erläutert insbesondere die Rolle des neuen Cyber-Allianz-Zentrums als garantiert vertraulicher Ansprechpartner für die Wirtschaft (im Gegensatz zu den Behörden, die Vertraulichkeit nicht garantieren können). Im letzten Vortrag beschäftigen sich Dr. Nikolaus Seibt zusammen mit Kriminaloberrat Wolfgang Wenger mit der richtigen Kommunikation in der Krise, den psychologischen Hintergründen und Konsequenzen sowie der Rolle der staatlichen Organe. Herr Wenger wird dabei insbesondere aufzeigen, wo in einer akuten Krise Potenziale für Konflikte und aber auch die Chancen in der Zusammenarbeit mit den Behörden liegen.

Der Mittelstand als Zielgruppe der Trilogie erfährt dabei Antworten auf die Fragen, warum manche Unternehmen ihr Know-how verlieren, warum manche Unternehmen in einer Krise untergehen, warum andere Unternehmen sich vorbeugend rüsten und wie. Ich lade Sie dazu herzlich ein.

Veranstaltungs-Trilogie:

- 1.) Montag, 23.9.2013, 18.00 Uhr,
- 2.) Donnerstag, 17.10.2013, 19.00 Uhr,
- 3.) Donnerstag, 24.10.2013, 18.00 Uhr.

Mehr Infos dazu finden Sie in der Terminvorschau auf Seite 6.

PHILIPP POLLEMS Arbeitskreis Unternehmenssicherheit

Wir begrüßen
herzlich unsere
neuen Mitglieder

- Alexander Faller, Pfarrkirchen
- Dr. Eva Riesenhuber, München
- Torsten Kierey, Weimar
- Josef Wirkert, Landshut

Impressum:

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, T. 089-2422860, F: 089-291518, www.wbu.de, **Vi.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionschluss:** 22.08.13, **Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

23. Juli 2013 – Bezirk Kempten/Allgäu

Im Rahmen eines Fachgespräches tauschten sich die beiden Bundestagsabgeordneten Staatssekretär Dr. Gerd Müller und Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU Landesgruppe, mit den Teilnehmern über aktuelle finanz-, steuer- und wirtschaftspolitische Themen aus. Die Veranstaltung fand unter Leitung des Vorsitzenden des Bezirks Kempten/Allgäu Hannes Feneberg in der Raiffeisenbank Kempten statt.



Foto v.l.n.r.: Gerda Hasselfeldt, Staatssekretär Dr. Gerd Müller, Rainer Schaidnager (Direktor der Raiffeisenbank Kempten)

23. Juli 2013 – Bezirke Berchtesgadener Land/ Traunstein, Inn/ Salzach, Passau

Grenzüberschreitender Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke des Wirtschaftsbeirates auf Burg Tittmoning. Dr. Luis Durnwalder, Landeshauptmann der Provinz Bozen, Südtirol zog die rd. 150 Teilnehmer aus Bayern und Österreich mit einem leidenschaftlichen Plädoyer „Starke Regionen in Europa – unsere Zukunft“ in seinen Bann.



Foto v.l.n.r.: Dr. Willi Kleine (Vorsitzender Bezirk Inn/Salzach), Konrad Schupfner (1. Bürgermeister der Stadt Tittmoning), Dr. Luis Durnwalder, Dr. Michael Elsen (Vorsitzender Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein), Rudi Fellner (Vorsitzender Bezirk Passau) beim Eintrag ins Goldene Buch.

24. Juli 2013 – Bezirk Jurakreis

Bezirksvorsitzender Gerd Ortner begrüßte Staatsminister a.D. Erwin Huber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Bayerischen Landtag, zu einem Vortrag über die Entwicklung und Förderung der ländlichen Räume in Bayern. Das neue Landesentwicklungsprogramm (LEP) und die künftige Aus-

gestaltung der regionalen Wirtschaftsförderung spielten dabei eine wesentliche Rolle.



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Alois Karl MdB, Staatsminister a.D. Erwin Huber, Landtagskandidatin Susanne Hierl, Gerd Ortner, Albert Füracker MdB
Bildquelle: Neumarkter Tagblatt

25. Juli 2013 – Ausschuss Medien

Zum Thema „Internet und digitale Gesellschaft – Wie weiter?“ hatte der Vorsitzende Dr. Peter J. Thelen den Bundestagsabgeordneten Dr. Reinhard Brandl, Mitglied im Unterausschuss Neue Medien sowie der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft des Deutschen Bundestages, eingeladen.



Foto v.l.n.r.: Dr. Peter J. Thelen, Dr. Reinhard Brandl, Dr. Jürgen Hofmann

6. August 2013 – Bezirk Berchtesgadener Land/ Traunstein

Zu Gast bei einer Veranstaltung des Bezirks Berchtesgadener Land/ Traunstein gemeinsam mit der Mittelstandsunion im Brauereigasthof Wochinger in Traunstein war Bundesminister Dr. Peter Ramsauer. Der Minister zog eine „Zwischenbilanz“ zur Bau- und Verkehrspolitik für Südostbayern.



Foto v.l.n.r.: Dr. Michael Elsen (Vorsitzender Bezirk Berchtesgadener Land/ Traunstein), Petra Fürst-Zimmermann (Vorsitzende der

Mittelstandsunion), Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, Richard Grassl.

14. August 2013 – Ausschuss für Tourismus

Auf Einladung des Vorsitzenden Robert Salzl traf sich der Ausschuss in Berchtesgaden zu einer Veranstaltung im neuen Haus der Berge. Nach einem Grußwort von Bürgermeister Franz Rasp referierten Dr. Michael Vogel, Leiter Nationalpark Berchtesgaden, Stephan Köhl, Geschäftsführer Berchtesgadener Land Tourismus GmbH, und Dr. Martin Spantig, Geschäftsführer der Bayern Tourismus Marketing GmbH, zum Thema „Die Bedeutung der Architektur und Ästhetik für den Tourismus“. An die Besichtigung des Hauses der Berge schloss sich ein Besuch des Sightsleeping Hotel Resort InterContinental Berchtesgaden an, das Generaldirektor Michael Caspar in Fakten und Zahlen vorstellte.



Foto v.l.n.r.: Franz Rasp, Dr. Martin Spantig, Robert Salzl, Stephan Köhl, Dr. Michael Vogel

22. August 2013 – Bezirk München

Zur Sommerlounge hatte der Bezirk München gemeinsam mit den Jungen Unternehmern und dem Bund der Selbständigen eingeladen. Rund 150 Mitglieder und Gäste nutzten die Gelegenheit, an einem schönen Sommerabend auf der Turmterrasse des Löwenbräukellers mit Unternehmerkollegen sowie Vertretern aus Politik und Verbänden ins Gespräch zu kommen und das persönliche Netzwerk zu erweitern.



Foto v.l.n.r.: Hans Hammer (Vorsitzender Bezirk München), Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann, Richard Schaurich (Bezirksvorsitzender München, Bund der Selbständigen)

Terminvorschau

12. September, München

Ausschuss für Umwelt: Dr. Christian Barth, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, „Umweltpakt – aktuelle Herausforderungen der bayerischen Umweltpolitik“

15. September, München

Bezirk München mit der Mittelstandsunion: Mittelstandspolitische Fröhschoppen mit Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission

17. September, München

Ausschüsse für Umwelt und Energie- und Rohstoffpolitik: Professor Dr. Peter Reichetseder, Managing Director E.ON Exploration & Production GmbH; Dipl.-Kfm. Jörg Schindler, ASPO Deutschland e.V.; „Fracking – Fluch oder Segen?“

18. September, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Prof. Dr. Jürgen Ruland, Leiter des Instituts für Klinische Chemie und Pathobiochemie am Klinikum r.d. Isar; Professor Dr. Christof von Kalle, Sprecher des Direktoriums des Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen (NCT) Heidelberg, Leiter der Abteilung Translationale Onkologie am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ); Dr. Bernhard Escherich, Chief Architekt in der SAP-Beratung für die Bereiche Gesundheitswesen und öffentlicher Dienst, Walldorf; Prof. Dr. Claudia Eckart, Leiterin des Fraunhofer-Instituts AISEC (Angewandte u. Integrierte Sicherheit); Christian Molt, Mitglied des Vorstands der Allianz Private Krankenversicherungs-AG; Dr. Andreas Zapf, Präsident des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Landesarzt, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt u. Gesundheit, „Genomerfassung bei Krebspatienten – Anlass zu Freude oder zur Sorge?“

19. September, München

Bezirk München gemeinsam mit dem Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik: Annegret-Cl. Agricola, Bereichsleiterin Energiesysteme und Energiedienstleistungen, Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), „Power-to-Gas – ergänzende Systemlösung als Beitrag zur Energiewende in Deutschland“, Prof. Dr. Roland Meyer-Pittroff, Pens. Ordinarius für Energie- und Umwelttechnik der Lebensmittelindustrie der TUMünchen, „Power-to-Liquid“

23. September, München

Arbeitskreis Unternehmenssicherheit:

Dr. Rudolf Kreutzer, Zentrum für Systemisches Denken, 1. Teil der Trilogie: „Risiko- und Sicherheitsmanagement: Neue Bedrohungen erfordern ein anderes Sicherheitsbewusstsein“

25. September, München

Ausschuss für Europapolitik: Prof. Dr. h.c. Hermann Schoenauer, Rektor des Evang. Luth. Diakoniewerkes Neuendettelsau, „Europäische Sozialunternehmen heute – der Weg zwischen sozialer Sensibilität und wirtschaftlicher Effizienz“

30. September, München

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Thomas Stahl, Geschäftsführer der IcosAkademie und IcosMedia, „Internet-Marketing und Social Media“

30. September, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr.-Ing. Tobias Voigt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für Lebensmittelverpackungstechnik des Wissenschaftszentrums Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt der Technischen Universität München, „Modellbasierte Energieoptimierung am Beispiel in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie“

1. Oktober, Rothenbuch

Bezirk Aschaffenburg: „Forstwirtschaft im Spessart – Schützen und Nützen“, Vorstellung der Bayerischen Staatsforsten und des Forstbetriebs Rothenbuch, Waldbegang und Impulsvortrag zum Cluster „Wald und Holz“

6. Oktober, München

Junge Unternehmer: „Wiesnabend“

14. Oktober, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr.-Ing. Georg Pachta-Reyhofen, Sprecher des Vorstandes MAN SE

14. Oktober, Schwandorf

Bezirke Regensburg und Weiden/Nordoberpfalz: Reimund Gotzel, Vorsitzender des Vorstands der Bayernwerk AG, „Ist die Versorgungssicherheit im Netz gefährdet?“

15. Oktober, München

Ausschuss für Finanzmärkte: Peter Praet, Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB)

17. Oktober, München

Arbeitskreis Unternehmenssicherheit: Dr. Oliver Bär, Bayerisches Staatsministerium des Innern, 2. Teil der Trilogie: „Risiko- und Sicherheitsmanagement: Cybersicherheit in Bayern“

22. Oktober, München

Ausschuss für Sport: Peter Schröcksnadel, Präsident Österreichischer Skiverband

24. Oktober, München

Arbeitskreis Unternehmenssicherheit: Dr. Nikolaus Seibt, Institut für Konfliktforschung & Krisenberatung, Wolfgang Wenger, Pressesprecher Polizeipräsidium München, 3. Teil der Trilogie: „Risiko- und Sicherheitsmanagement: 1) Kommunikation in der Krise – Psychologische Hintergründe und Konsequenzen, 2) Die Rolle der staatlichen Organe in der Krise – Konflikt- und Krisenpotenziale“

25.-26. Oktober, St. Englmar

Arbeitskreis Kirchen: Klosterwochenende im Bayerischen Wald

29. Oktober, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann, Präsident des Goethe-Instituts

31. Oktober, München

Ausschuss für Medienpolitik: Katharina Behrends, Geschäftsführerin NBC Universal Global Networks Deutschland GmbH

5. November, München

Bezirk München: Sprechstunde der Münchner Wirtschaft mit Mandatsträgern

6. November, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger, Kommunikationsforschung am Institut für Publizistik der Universität Mainz, „Die Mechanismen der Skandalisierung - warum viele untergehen und einige überleben“

8. November, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission

13. November, München

Generalversammlung

19. November, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Marcel Huber, MdL, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, „Energiewende“

25. November, Regensburg

Bezirk Regensburg: Ostbayerisch-Böhmische Verkehrskonferenz

26. November, München

Bezirk München: „Basel III“

9. Dezember, Regensburg

Bezirk Regensburg: Weißwurstfrühstück mit Abgeordneten